

DIE SOZIALE VERANTWORTUNG DER UNTERNEHMEN



VERHALTENSKODEX DER EUROPÄISCHEN ZUCKERINDUSTRIE

Sechster Umsetzungsbericht (Jahr 2008)

27.02.2009

I – POLITISCHER UND WIRTSCHAFTLICHER KONTEXT

- A. Reform der Zuckermarktordnung: Die aktuellen Entwicklungen
- B. Entwicklungen im Außenhandel mit Auswirkungen auf die Marktordnung
- C. Zu erwartende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen

II – MANAGEMENT DER UMSTRUKTURIERUNG

- A. Beobachtung der Entwicklungen bei den Werksschließungen und beim Quotenverzicht
- B. Soziale Auswirkungen

III – UMSETZUNG DES VERHALTENSKODEX IM JAHR 2008

- A. Mindeststandards
- B. Beispiele für gute Verfahrenspraktiken
- C. Gemeinsames Vorgehen der europäischen Sozialpartner
- D. Repräsentativität der Sozialpartner der europäischen Zuckerindustrie

IV – ZUSAMMENSETZUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

EINLEITUNG

Der Verhaltenskodex für die soziale Verantwortung der Unternehmen in der Zuckerindustrie, der am 7. Februar 2003 unterzeichnet wurde, sieht vor, dass EFFAT und CEFS im Rahmen ihres Ausschusses für den sektoralen Dialog die Überwachung der schrittweisen Umsetzung des Verhaltenskodex sowie die regelmäßige Aktualisierung der Beispiele für gute Verfahrenspraktiken sicherstellen. Zu diesem Zweck haben sich EFFAT und CEFS verpflichtet, jedes Jahr im Februar eine gemeinsame Bewertung der Umsetzung des Verhaltenskodex auf der europäischen Ebene in Form eines jährlichen Berichts vorzunehmen, der das vorausgehende Kalenderjahr abdeckt.

Der erste Bericht über die Umsetzung des Verhaltenskodex wurde bei der Vollversammlung am 27. Februar 2004 vorgelegt. Danach wurde 2005, 2006, 2007 und 2008 jeweils am letzten Werktag des Monats Februar ein Umsetzungsbericht präsentiert. Der vorliegende Bericht ist somit der sechste Umsetzungsbericht und bezieht sich auf das Jahr 2008. Er wird bei der Vollversammlung des sektoralen Ausschusses für den Zuckersektor am 27. Februar 2009 vorgestellt. Die einzelnen Berichte können auf der gemeinsamen Website www.eurosugar.org eingesehen werden.

I – POLITISCHER UND WIRTSCHAFTLICHER KONTEXT

A. Reform der Zuckermarktordnung: Die aktuellen Entwicklungen

Zur Erinnerung: Die Reform der Zuckermarktordnung im Jahr 2006 sah - in Bezug auf eine Produktionsquote von 17,4 Millionen Tonnen Zucker im Jahr 2005 – einen Verzicht auf 6 Millionen Tonnen bis zum Zuckerwirtschaftsjahr 2009/2010 vor. Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, ist für 2010 eine obligatorische lineare Verringerung der Quoten durch die Kommission geplant.

Am 31.3.2008 erreichte der von den verschiedenen Zuckerunternehmen angekündigte Quotenverzicht insgesamt 5 644 283 Tonnen. Dies bedeutet, dass noch eine Restmenge von 355 717 Tonnen verbleibt, bis die Gesamtmenge von 6 Millionen erreicht ist. Diese Restmenge kann mit folgenden Maßnahmen erzielt werden:

- entweder durch einen zusätzlichen Quotenverzicht der Unternehmen vor dem 31.1.2009, dem Zeitpunkt, zu dem der Umstrukturierungsfonds abgeschlossen wird,
- oder durch eine Ende Februar 2010 bekanntgegebene verpflichtende Maßnahme der Kommission.

Von einer vorausschauenden Perspektive her sind mehrere Fragen im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit offen, etwa wie in bestimmten Gebieten die Versorgung mit Zuckerrüben gewährleistet werden kann oder die Verlagerung und der Bau von Raffinationsanlagen in Länder mit Zuckermangel.

Auf jeden Fall ist es wichtig, dass alle erforderlichen Maßnahmen für die Erhaltung einer ausgewogenen GMO ergriffen werden, die es der EU erlauben, in Bezug auf ihre Versorgung mit Ausgangserzeugnissen so autonom wie möglich zu bleiben, und ungefähr 80 % ihres Bedarfs abzudecken wie in der ursprünglichen Reform vorgesehen ist.

B. Entwicklungen beim Außenhandel mit Auswirkungen auf die Marktordnung

Zur Erinnerung: Die Reform der Zuckermarktordnung ist das Ergebnis einerseits eines externen Drucks („Alles außer Waffen“-Vereinbarung, negativer Ausgang des Zuckerpanels bei der WTO) als auch andererseits eines internen Drucks (Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik).

Bedingt hierdurch wird die EU vom Nettoexporteur zum Nettoimporteur. Die Umstrukturierung, die im Hinblick auf eine mit einer effizienteren WTO zu vereinbarenden Marktordnung erforderlich wurde und die für den Sektor bereits sehr hohe Kosten verursacht hat, droht durch Maßnahmen, die im Zusammenhang mit außenhandelspolitischen Entscheidungen der EU stehen, noch erheblich verstärkt zu werden. Diese bergen die Gefahr in sich, die Nachhaltigkeit und die Lebensfähigkeit des Sektors zu bedrohen, wenn die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen nicht ergriffen werden. Betroffen sind insbesondere die folgenden Bereiche:

- Politik in Verbindung mit den Nicht-Anhang-I-Erzeugnissen
- Ergebnisse der laufenden WTO-Verhandlungen
- Umsetzung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
- Zugeständnisse, die im Rahmen der verschiedenen Freihandelsabkommen gewährt werden, über die derzeit verhandelt wird
- Überarbeitung der Ursprungsregeln, die für das APS und die verschiedenen bilateralen Vereinbarungen gelten

1. Verarbeitungserzeugnisse und aktive Veredelung

Ungefähr 1 000 000 Tonnen Zucker werden in Form von Verarbeitungserzeugnissen ausgeführt. Um den Unterschied beim Preis für den europäischen Zucker auszugleichen, der höher ist als der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt, wird den Exporteuren eine Erstattung für 400 000 bis 600 000 Tonnen Zucker bewilligt. Die Regelung, die bis zum Zuckerwirtschaftsjahr (ZWJ) 2007/08 gültig war, sollte eigentlich ab dem ZWJ 2008/09 aufgehoben werden. Sie wurde ausnahmsweise noch für das letzte ZWJ verlängert, wird aber nun voraussichtlich 2009/10 endgültig aufgehoben, da die Kommission die Auffassung vertritt, dass die Exporteure bei einem Referenzpreis für Weißzucker in Höhe von 404 Euro die Situation bewältigen können, wenn sie ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Die Verwender lehnen es jedoch ab, diesen ab 2010 wirksamen Effekt der Reform der Zuckermarktordnung zu tragen und einen eventuellen Ertragsverlust hinzunehmen, obwohl sie auf dem heimischen Markt bereits von einer Preissenkung für Zucker um 16 % profitiert haben.¹ In diesem Zusammenhang schlagen sie die Einsetzung eines vereinfachten AVV-Systems² vor. Zur Erinnerung: Die aktuelle aktive Veredelung erlaubt es, Waren aus Drittländern zu importieren, um sie zu verarbeiten und wieder auszuführen. Die Zölle werden dann entweder ausgesetzt oder zunächst bezahlt und dann bei der Wiederausfuhr zurückerstattet. Anstatt bei der Verarbeitung Quotenzucker zu verwenden, wie dies bis jetzt der Fall war, möchten die Verwender von der Möglichkeit Gebrauch machen, Zucker vom Weltmarkt zu nutzen und ihn in Form von Verarbeitungserzeugnissen wieder auszuführen. Dies hätte eine entsprechende Verringerung des Quotenzuckerabsatzes zur Folge und würde folglich die Produktionskapazitäten deutlich über das von der Reform vorgesehene Maß hinaus reduzieren. Die Industrie hätte in diesem Fall Überkapazitäten und müsste neue Werksschließungen durchführen, die Arbeitsplatzverluste nach sich ziehen würden.

Im Zuge der derzeitigen Überarbeitung hat der Präsident des CEFS in einem am 21. Oktober 2008 an Kommissionspräsident Barroso gerichteten Schreiben³ die Aufmerksamkeit der Kommission auf diese Gefahr gelenkt. Sie wird auf ein Volumen von 1 Million Tonnen Quotenzucker geschätzt. Die Menge kommt noch zusätzlich zu den 6 Millionen Tonnen hinzu, die bereits durch die Reform der Zuckermarktordnung notwendig wurden und das ohne Möglichkeit, den Umstrukturierungsfonds in Anspruch zu nehmen, der am 31.1.2009 ausläuft. Dies erscheint umso weniger akzeptabel, als die Verwender aufgrund des Rückgangs der Zuckerpreise zwischen 2004 und 2008 bereits deutliche finanzielle Vorteile erzielt haben, die auf 2 Milliarden Euro pro Jahr veranschlagt werden.⁴ Die Beibehaltung des Ausfuhrerstattungssystems für unverarbeiteten Zucker und für den Zucker in zuckerhaltigen Erzeugnissen in der heute bestehenden Form erscheint demnach von wesentlicher Bedeutung. Das CEFS argumentiert insbesondere, dass es die derzeitigen hohen Zuckerlagerbestände in der EU und die Möglichkeit, im Rahmen der WTO bis 2013 Erstattungen ermöglichen würden, erlauben könnten, das System bis 2013 beizubehalten.

2. Multilaterale, regionale und bilaterale Vereinbarungen mit Drittländern

WTO-Verhandlungen

Der Abschluss der Doha-Runde, deren Ziel es war, die Entwicklung der armen Länder zu begünstigen, verzögert sich aus politischen Gründen: einerseits die Wahl eines neuen US-Präsidenten, der erst im Januar 2009 sein Amt antreten wird, und andererseits

¹ Quelle: CIAA-Bericht

² AVV: Aktiver Veredelungsverkehr

³ Siehe Anlage 1.

⁴ Veröffentlichung der Dienststellen der Kommission 2004-2008 und CIAA

Interessenkonflikte zwischen Industrieländern und bestimmten Schwellenländern. Die technischen Arbeiten, die vor sieben Jahren aufgenommen wurden, wurden bis Ende Dezember 2008 fortgesetzt. Eine abschließende Ministersitzung konnte nicht einberufen werden, aber es besteht nach wie vor ein starker politischer Wille zu versuchen, die erzielten Ergebnisse zu konsolidieren und fertigzustellen, sobald dies politisch möglich ist. Für den Zuckersektor beinhaltet das ausgehandelte Paket eine Reihe von vernünftigen Elementen, wie beispielsweise:

- die Möglichkeit der Beibehaltung der besonderen Schutzklausel für Zucker - auch wenn diese nur für 7 Jahre gilt - die es unter bestimmten Umständen erlaubt, einen Schutz in Bezug auf die Einfuhr einzusetzen;
- die Möglichkeit, Zucker als „sensibles Erzeugnis“ einzustufen und so eine beträchtliche Verringerung der Einfuhrzölle zu vermeiden, die mit der Höhe der Binnenmarktpreise, die durch die Reform der Zuckermarktordnung festgelegt wurden, unvereinbar wären und die deren Auswirkungen voraussichtlich in hohem Maße verschärfen würde. Diese Einordnung brächte allerdings die Verpflichtung mit sich, eine zollfreie Tarifquote in Höhe von 4 % des heimischen Verbrauchs zu akzeptieren. Diese Menge von ungefähr 700 000 Tonnen würde die Gemeinschaftsversorgungsbilanz belasten und das Gleichgewicht der Reform stören. Das CEFS hat bislang noch keinen Standpunkt zu der Frage, ob Zucker als sensibles Produkt behandelt werden sollte oder nicht.

Der Zuckersektor hofft, dass das zurzeit vorgeschlagene Paket in zukünftigen Verhandlungen respektiert werden kann und dass Zucker tatsächlich als ein Produkt behandelt wird, für das ein längerer Zeitraum für die Senkung der Zolltarife vorgesehen wird (schrittweise Erosion der Präferenzen) und nicht als ein tropisches Erzeugnis (für das die Zölle um 85 % reduziert werden).

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA)

Im Auftrag des Rates sah die Kommission vor, an Stelle der alten Cotonou-Vereinbarungen ab 2007 mit allen 77 AKP-Ländern (Afrika, Karibik, Pazifik) Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abzuschließen, die am 1.1.2008 in Kraft treten sollten. Dies erwies sich als langwieriger als vorgesehen. Deshalb wurden 2008 verschiedene Interims-Vereinbarungen ausgehandelt.

In der Verordnung des Rates EG/1528/2007 vom 20.12.2007 (ABl. L 348/1 vom 31.12.2007) werden die allgemeinen für den Zucker geschlossenen Abkommen aufgeführt.

Das Zuckerprotokoll, das Teil der Cotonou-Vereinbarungen war, wurde vom Rat mit Wirkung vom 1. Oktober 2009 gekündigt. Dies hat die Streichung der in diesem Protokoll vorgesehenen Einfuhrquoten ab diesem Zeitpunkt zur Folge. An seine Stelle treten unbeschränkte, zollfreie Einfuhren. Die „Alles außer Waffen“-Regelung (EBA), die für die

am wenigsten entwickelten Länder (LDC) gilt, wird dann allgemein gültig. Die in den WPA vorgesehene vollständige Liberalisierung für Einfuhren aus den anderen AKP-Ländern erfolgt zum gleichen Zeitpunkt.

Das große Risiko besteht daher darin, ein Einfuhrniveau zu begünstigen, das die EU nicht aufnehmen kann. Zur Lösung dieser Situation schlägt die Kommission eine Schutzklausel für den Zeitraum 2009-2015 vor mit einer vollständigen Liberalisierung im Jahr 2015. Diese Klausel ist allerdings so komplex und ihr Auslöseniveau ist so hoch, dass die Wahrscheinlichkeit ihres tatsächlichen Einsatzes gering ist. Die Kommission bemüht sich derzeit darum, die Anwendungstexte auszuarbeiten. Ein erster Entwurf wird dem Verwaltungsausschuss Zucker voraussichtlich Anfang 2009 vorgelegt.

Bei der Billigung des Kompromisses über die WPA auf Grundlage der oben genannten Verordnung hat der Ministerrat an die Erklärung vom 20.2.2006 erinnert und darauf hingewiesen, dass die Kommission ab dem ZWJ 2008/2009 sofort ein Verfahren einleitet, mit dem über eine eventuelle zeitweilige Aussetzung oder eine Rücknahme der bewilligten Zugeständnisse entschieden werden kann, wenn die Zuckereinfuhren aus einem der LDC-Länder in die EU um mehr als 25 % im Vergleich zum Vorjahr ansteigen.⁵ Für die Zuckerindustrie ist es wichtig, dass Anwendungstexte für eine Umsetzung dieser Erklärung des Rates veröffentlicht werden.

Für den Zuckersektor ist es von wesentlicher Bedeutung, dass pragmatische und ausgewogene Lösungen gefunden werden können, damit das Einfuhrvolumen im Rahmen der WPA und aus den LDC mit der Höhe der Produktion und der Aufnahme der EU vereinbar bleibt. Fehlt ein solches Gleichgewicht, könnten übermäßige Investitionen in den begünstigten Ländern getätigt werden, die zu einer Senkung der Marktpreise führen würden. Dies hätte negative Auswirkungen für beide Parteien zur Folge. Deshalb ist es absolut notwendig, dass die Kommission im Rahmen der bilateralen Verhandlungen in Bezug auf die Vergabe neuer Zugeständnisse für Zucker und für Erzeugnisse mit hohem Zuckergehalt größte Vorsicht walten lässt, angesichts der Tatsache, dass die EU 2010 bereits durch die derzeit – insbesondere im Rahmen der WPA und den LDC – gewährten Präferenzen zum größten Zuckerimporteur weltweit wird.

⁵ Dokument 16352/07 des Rates vom 11.12.2007 im Rahmen der Verabschiedung der Verordnung EG/1528/2007 - Council Statement: The Council recalls the Commission Statement on the Safeguard Clause for sugar imports into the Community from a third country under the EBA arrangements, entered in the minutes of its 2708th meeting (Agriculture and fisheries) held in Brussels on 20.02.2006, which reads as follows: „If in any given year from the marketing year 2008/2009 onwards, sugar imports into the Community from a third country under the EBA arrangements increase by more than 25 % in comparison with the imports from that country in the previous marketing year, the Commission will automatically open the procedure to decide whether measures such as a suspension or temporary withdrawal of trade concessions, surveillance or other safeguard measures need to be applied“.

Weitere Freihandelsvereinbarungen

Da die multilateralen Verhandlungen bei der WTO noch nicht abgeschlossen sind, ist es wahrscheinlich, dass die Kommission versuchen wird, die Freihandelsvereinbarungen mit Drittländern zu intensivieren.

Auf bilateraler Ebene gilt es, die laufenden Diskussionen mit bestimmten großen Zuckerproduktionsländern aufmerksam zu prüfen. Hierzu gehören insbesondere die Ukraine⁶, bestimmte mittelamerikanische Länder⁷ und die Andengemeinschaft⁸. Bei einem endgültigen Scheitern der Doha-Runde bestünde zudem die Gefahr, dass die Vereinbarungen mit dem Mercosur schnell wieder aufgenommen werden. Größte Vorsicht wird im Hinblick auf die für Zucker, insbesondere in Form von Erzeugnissen mit hohem Zuckergehalt gewährten Zugeständnisse erforderlich sein. Es sei darauf hingewiesen, dass diese wesentlichen Bedingungen bei den mit Ägypten und Israel im Juli 2008 ausgehandelten Vereinbarungen eingehalten wurden.

Mit großer Vorsicht ist ebenfalls die so genannte „neue Generation“ von Vereinbarungen mit verschiedenen asiatischen Ländern zu behandeln. So wünscht Südkorea beispielsweise eine bedeutende Lockerung der Ursprungsregeln, die insbesondere die Zuerkennung der Ursprungseigenschaft auf der Grundlage der Raffination beinhalten würde. Ein solches Zugeständnis wäre in zweierlei Hinsicht gefährlich. Es könnte große Mengen von Rohzucker beinhalten, den Korea vom Weltmarkt (beispielsweise aus Guatemala, Australien, Thailand oder Indien) eingeführt hat und der dann in Form von zollfreiem raffiniertem Zucker mit Ursprung Korea in die EU gelangen würde, obwohl es in Korea keine Zuckerproduktion gibt. Zudem würde hiermit ein gefährlicher Präzedenzfall für zukünftige Verhandlungen mit Drittländern geschaffen.

Überarbeitung der Ursprungsregeln, die für das allgemeine Präferenzsystem (APS) gelten

Die Überarbeitung der für das APS geltenden Ursprungsregeln wird fortgesetzt. Die Kommission hat anerkannt, dass für bestimmte landwirtschaftliche und verarbeitete Erzeugnisse ein kluger sektoraler Ansatz verfolgt werden muss. Für den Zucker und die Produkte mit hohem Zuckergehalt werden verschiedene Vorsichtsmaßnahmen vorgeschlagen. So sieht die Kommission vor, die „*Mischung von Zucker mit jedem beliebigen Produkt*“ als eine unzureichende Maßnahme für eine Ursprungsverleihung einzuordnen. Diese Bestimmung wurde bereits in verschiedene bilaterale Abkommen⁹ aufgenommen. Es wäre

⁶ Ukraine - Produktion 2007: 2 Millionen Tonnen (Quelle: ISO)

⁷ Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Panama, Nicaragua (Gesamtproduktion 2006: 4 Millionen Tonnen mit einer Ausfuhr von über 2 Millionen Tonnen; größter Exporteur ist Guatemala – Quelle: ISO)

⁸ Bolivien, Kolumbien, Äquator, Peru, Venezuela (Produktion 2006: 4 810 000 Tonnen mit einer Ausfuhr von über 1 Millionen Tonnen; größter Exporteur ist Kolumbien)

⁹ Montenegro, Serbien, WPA ...

wünschenswert, dass sie nach und nach in alle präferenziellen Vereinbarungen integriert wird. Das stellt in der Tat einen wichtigen Fortschritt bei der Vermeidung eines Missbrauchs der präferenziellen Ursprungsregeln oder von Betrug durch Mischungen von Produkten mit hohem Zuckergehalt dar. Das Problem der Raffination, die als unzureichende Be- oder Verarbeitung für die Ursprungsverleihung angesehen werden muss, ist nur dann endgültig gelöst, wenn Zucker und die stark zuckerhaltigen Produkte von der Kumulierung ausgeschlossen werden. Diese macht es möglich, dass aufgrund von Be- oder Verarbeitungen mit sehr geringem Mehrwert die Ursprungseigenschaft erworben wird ohne dass eine als ausreichend angesehene Be- oder Verarbeitung erfolgt. Diese Frage muss noch von den nationalen Experten gebilligt werden, die dem Ausschuss für den Zollkodex angehören. Sie ist für den Zuckersektor von grundlegender Bedeutung.

Schlussfolgerungen in Bezug auf den Außenhandel

Eine ausgewogene Verwaltung der Einfuhren von Zucker und von Zucker in zuckerhaltigen Produkten in die Union ist unerlässlich, um den Erfolg der Reform der Zuckermarktordnung zu gewährleisten. Die derzeit im Rahmen der WPA gewährten Zugeständnisse sowie alle zusätzlichen Zugeständnisse, die bei bilateralen Verhandlungen möglicherweise noch gewährt werden, können dazu führen, dass die Anstrengungen, die vom Zuckersektor über die Reform des Zuckers hinaus gefordert werden, deutlich zunehmen und Grenzen zu erreichen drohen, die es dem Sektor unmöglich machen, lebensfähig zu bleiben.

Neuzusammensetzung von zuckerhaltigen Erzeugnissen

Außer den mit dem Außenhandel verbundenen Hindernissen müssen verschiedene Ernährungsinitiativen der Europäischen Kommission genannt werden, die der Wettbewerbsfähigkeit der Zuckerindustrie schaden könnten. Im Rahmen einer allgemeinen Ernährungspolitik, die das Ziel verfolgt, Fettleibigkeit durch die Verringerung der Aufnahme von Zucker, Salz und Fett zu vermindern, handelt es sich insbesondere um die Neuzusammensetzung verschiedener Produkte, um ihren Zuckergehalt herabzusetzen. Diese Neuzusammensetzungen beruhen nicht zwangsläufig auf einem wissenschaftlichen Ernährungsansatz: In verschiedenen Fällen kann man feststellen, dass der Kaloriengehalt des Enderzeugnisses unverändert bleibt oder sogar gestiegen ist. Der Zucker muss in der Tat durch andere Produkte ersetzt werden wie beispielsweise Stärke (Getreideerzeugnisse, Gebäck) oder Fett (Eiscreme, Feingebäck). Den Berichten multinationaler Unternehmen wie Unilever, Coca-Cola und Nestlé¹⁰ zufolge kann eine solche Neuzusammensetzung zu einem bedeutenden Rückgang bei der Verwendung von Zucker durch die traditionellen Kunden

¹⁰ Unilever gibt eine Verringerung seines Zuckerbedarfs um 17 000 Tonnen zwischen 2005 und 2006 an (Quelle: CIAA). Coca-Cola Belgien berichtet, dass kalorienarme Produkte jetzt 40 % des Umsatzes ausmachen gegenüber 12 % im Jahr 1996 (Quelle: Coca Cola Belgium Sustainable Development Report 2007). Nestlé gibt eine Verringerung um über 290 000 Tonnen Zucker seit 2004 an und sieht 2012 eine Verringerung des Zuckeranteils seiner Produkte um mindestens 16 % vor (Nestlé-Website 2008).

führen. Sie bringt jedoch keinen wirklichen ernährungsspezifischen Nutzen für die Verbraucher, schwächt aber die europäische Zuckerindustrie.

C. Zu erwartende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen

Die Wettbewerbsfähigkeit und die Dauerhaftigkeit des europäischen Zuckersektors sind eng mit der Einhaltung der Regeln verbunden, die in den verschiedenen Abschnitten der Reform der Zuckermarktordnung verabschiedet wurden. Die Kommission muss sich unbedingt verpflichten, diese Regeln einzuhalten und darauf achten, dass die Außenpolitik der Union mit der guten Funktionsweise der GMO Zucker vereinbar bleibt. Alle Maßnahmen, die zur Folge haben, dass die Zuckereinfuhren in die Union die Menge übersteigen, die der europäische Markt aufnehmen kann, bedeuten eine Schwächung der GMO Zucker, eine Verringerung der Produktionsquoten und als Folge davon zusätzliche Werksschließungen.

Die Sozialpartner haben bei ihren jährlichen paritätischen Sitzungen und in ihren gemeinsamen Standpunktpapieren stets die Aufmerksamkeit der Kommission auf die Notwendigkeit gelenkt, unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Erzeugnisses mit Hilfe von Quoten¹¹ oder über Ursprungsregeln, die die Besonderheit des Erzeugnisses berücksichtigen, eine Verwaltung der Zuckereinfuhren in die EU sicherzustellen, die mit der Zuckermarktordnung vereinbar ist, damit die Zukunft der Industrie nicht in Gefahr gebracht wird.¹²

Eine Gemeinschaftspolitik in Bezug auf eine Verringerung der Energiezufuhr und auf Nährwertprofile, die nicht auf belegten wissenschaftlichen Grundlagen beruht, kann ebenfalls dem Image und folglich der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie schaden.

Wie oben bereits angesprochen, sind die im Rahmen der Reform der Zuckermarktordnung eingeräumten Anstrengungen beträchtlich und haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Beschäftigung. Jede zusätzliche Einschränkung würde der Dauerhaftigkeit der europäischen Zuckerindustrie schaden, die Lebensfähigkeit der GMO Zucker beeinträchtigen und zusätzliche Arbeitsplatzverluste mit sich bringen.

II – MANAGEMENT DER UMSTRUKTURIERUNG

A. Beobachtung der Entwicklungen bei den Werksschließungen und dem Quotenverzicht

Die Sozialpartner verfolgen die Entwicklung bei den Werksschließungen. Sie verwenden hierzu öffentlich zugängliche Informationen, Pressemitteilungen sowie Informationen von Gewerkschaftsvertretern von Seiten der EFFAT und von Personaldirektoren von Seiten des CEFS. Wichtigste Informationsquelle sind die von den Unternehmen veröffentlichten Informationen.

¹¹ Anhörung der Sozialpartner im Februar 2001 durch die Generaldirektion Handel in Bezug auf die Modalitäten für die Umsetzung der „Alles außer Waffen“-Verordnung bis 2009. Gemeinsame Erklärung vom 20.2.2001.

¹² Gemeinsame Standpunkte zu den Ursprungsregeln vom 2.4.2004 und über das APS vom 14.11.2001.

Hier der aktuelle Stand vom 31.12.2008 für die Kampagnen 2005/2006 (Verabschiedung der Reform), 2006/2007, 2007/2008 und 2008/2009:

Entwicklung der Werksschließungen seit 2005/2006

	2005/2006 (Bezugsjahr – Verabschiedung der Reform)	2006/2007	2007/2008	2008/2009
Anzahl Fabriken	183	154	139	107
Schließungen	6	29	15	22
Länder	Irland, Litauen, Niederlande, Polen	Belgien, Dänemark, Deutschland, Irland, Italien, Österreich, Polen, Schweden, Slowakei, Spanien	Belgien, Deutschland, Finnland, Griechenland, Lettland, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Ver. Königreich	Belgien, Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Litauen, Niederlande, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien, Ver. Königreich
Quotenverzicht Zucker	-	Irland, Italien, Portugal, Schweden, Spanien <i>(1,149 Mio. t)</i>	Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn <i>(0,678 Mio. t)</i>	Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Litauen, Niederlande, Polen, Portugal, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Ungarn Quotenverzicht insgesamt 31.3.2008: 5.644.283 t

Die Anzahl der Werksschließungen und die Höhe des Quotenverzichts für 2009/2010 werden erst im Februar 2009 bekannt sein, da der Umstrukturierungsfonds am 31.1.2009 ausläuft. Dies ist die letzte Frist für die Bekanntgabe eines eventuellen neuen Quotenverzichts durch die Unternehmen.

Die vorliegende Tabelle zeigt erneut, dass von der aktuellen Reform alle Regionen der EU betroffen sind: Nord-, Süd-, Mittel- und Osteuropa. Es wird klar sichtbar, dass die Industrie zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit neue Fusionen durchführen und ihre Konzentration fortsetzen werden muss. Angekündigt wurde die Fusion der Zuckerbranche von Danisco mit Nordzucker sowie von Ebro mit British Sugar. Es wird ebenfalls mit einer starken

Konzentration der Gesellschaften in Polen gerechnet. Längerfristig werden demnach nur noch einige zuckerproduzierende Unternehmen übrig bleiben.

Einige Länder, die bislang Zucker produziert haben, haben die Produktion vollständig aufgegeben. Dies gilt für Bulgarien, Irland, Lettland, Litauen, Portugal und Slowenien.

Wie bereits angemerkt, stellt sich ebenfalls die Frage, ob die Länder, die auf einen großen Teil ihrer Quote verzichtet haben, langfristig ihre Zuckerrübenversorgung garantieren können.

Mehrere Gesellschaften denken über eine Neuorientierung ihrer Tätigkeit nach. Dabei kann es sich um die Raffination (Portugal), die Produktion von Biomasse oder Ethanol (Italien) sowie zusätzliche oder diversifizierende Aktivitäten und in manchen Fällen auch vollständig andere Aktivitäten als zuvor handeln.

Aufgrund der Schnelligkeit der Reform, der – insbesondere 2008/2009 – in Kraft gesetzten Auflagen zur Beschleunigung und den zusätzlichen Bedrohungen durch eine Reihe von außenpolitischen Maßnahmen, die die Bedeutung dieser Reform deutlich erhöhen, war es den Unternehmen nicht möglich, ein gesundes vorausschauendes und präventives Arbeitsplatzmanagement umzusetzen. Wie in der Schlussfolgerung aufgeführt, konnte bei der Unterzeichnung des Verhaltenskodex niemand das Ausmaß der Reform und ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen vorhersehen.

B. Soziale Auswirkungen

Wie im ersten Teil des Berichts erläutert, wird die Aufgabe von 6 Millionen Tonnen Produktion bis spätestens 2010 aller Wahrscheinlichkeit nach zur Schließung von ungefähr 47 % der Fabriken und zum Verlust von über 25 000 direkten Arbeitsplätzen führen. Die Umstrukturierung ist umso schwieriger, als sie in ländlichen Gebieten stattfindet, in denen bereits Arbeitslosigkeit besteht und das Arbeitsplatzangebot gering ist.

Hieraus wird deutlich, dass es keine standardisierte Lösung für ganz Europa gibt. Jeder Fall muss für sich analysiert werden. Die einzelnen Länder reagieren – in Abhängigkeit von den nationalen, auf die Beschäftigung, die Entwicklung des ländlichen Raums usw. ausgerichteten Prioritäten - in unterschiedlicher Weise auf die Herausforderungen. Letztlich ist es nicht möglich, ein allgemeines europäisches Interventionsmuster zu bestimmen, da die spezifische gewährte Hilfe vor allem von der Quotenmenge abhängt, die an die Kommission zurückgegeben wurde oder noch zurückgegeben wird.

Abgesehen von Italien, das hier eine bemerkenswerte Ausnahme darstellt (in Italien haben Gewerkschaften, Zuckerunternehmen sowie regionale und nationale Behörden eine ehrgeizige nationale Vereinbarung für die Umwandlung der Zuckerfabriken in Einheiten für die Erzeugung von Biotreibstoffen abgeschlossen, die von einem weitreichenden sozialen Paket begleitet wird), müssen die Sozialpartner in den meisten Ländern Sozialpläne aushandeln,

während sich die Behörden darauf konzentrieren, die Vereinbarkeit dieser Pläne mit den europäischen Vorschriften zu überprüfen. Generell bestehen die Sozialpläne aus einer Mischung aus Weiterbeschäftigung, Ausgleichszahlungen, Schulungen und Vorruhestandsregelungen. Die Gewichtung dieser einzelnen Elemente variiert in Abhängigkeit vom nationalen wirtschaftlichen Umfeld stark in den verschiedenen Ländern.

III - UMSETZUNG DES VERHALTENSKODEX IM JAHR 2008

A. Mindeststandards

Wie jedes Jahr wurde auch für 2008 von den einzelnen Delegationen eine Umfrage über die Umsetzung des CSR-Verhaltenskodex durchgeführt. Diese Umfrage bestätigt, dass der CSR-Prozess in den verschiedenen Delegationen in konstruktiver Weise fortgesetzt wird. Das geschieht trotz der sehr schwierigen Umstrukturierungsbedingungen, die sich aufgrund der Reform der Zuckermarktordnung ergeben und dem von der Kommission für 2008/2009 geforderten beschleunigten Quotenverzicht mit dem Ziel, bis 2010 den Verzicht von insgesamt 6 Millionen Tonnen Quoten zu erreichen.

Neben der Fortsetzung der systematisch durchgeführten und in das Firmenleben integrierten Maßnahmen, die beispielsweise im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes über die Mindeststandards hinausgehen, wurde 2008 aufgrund der Umstände ganz besonderes Gewicht auf die Standards Nr. 2 (Ausbildung und Schulung) und vor allem Nr. 7 (Umstrukturierung) gelegt.

Die Sozialpartner haben bei ihrer Vollversammlung im Februar 2008 festgestellt, dass es heute nicht mehr möglich ist, den Arbeitnehmern eine langfristige Beschäftigung innerhalb desselben Unternehmens zu garantieren. Aus diesem Grund haben sich die Sozialpartner für die Einführung eines Projektes zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit in der Zuckerindustrie ausgesprochen. Bei der Europäischen Kommission (GD Beschäftigung) wurde ein gemeinsamer Finanzierungsantrag für ein solches Projekt im Rahmen der Haushaltslinie 04.03.03.01 (Aufruf VP/2008/0001/405) eingereicht. Dem Antrag wurde stattgegeben. Die gemeinsamen Arbeiten haben am 1. Dezember 2008 begonnen und laufen bis November 2009. Die Sozialpartner haben dabei insbesondere die folgenden Zielsetzungen:

- *Entwicklung einer gemeinsamen Definition für ein Konzept zur Beschäftigungsfähigkeit in der Zuckerindustrie*
- *Erarbeitung einer Reihe von Beispielen von guten Verfahrenspraktiken, die die verschiedenen Aspekte der Beschäftigungsfähigkeit speziell innerhalb des Unternehmens und falls erforderlich, außerhalb des Unternehmens illustrieren*
- *Analyse des derzeitigen und zukünftigen Kompetenz- und Qualifikationsbedarfs der Industrie*

Das Projekt soll mit Informationen zu bestimmten gesetzlichen und finanziellen Aspekten vervollständigt werden, die mit der Beschäftigungsfähigkeit auf europäischer und nationaler Ebene in Zusammenhang stehen. Hierfür ist eine interaktive Verlinkung vorgesehen.

Am Ende des Projekts soll ein Seminar organisiert werden, um die Ergebnisse der Arbeiten einem breiteren Publikum vorzustellen und um einen Meinungsaustausch vor der endgültigen Fertigstellung des Projekts zu ermöglichen.

Eine erste Folgenabschätzung wird bei der Vollversammlung im Februar 2010 durchgeführt, um eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob bestimmte Aspekte dieser Arbeiten vertieft werden sollten.

Insbesondere folgende Ergebnisse werden erwartet:

- Für die Arbeitnehmer: Im Rahmen der Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit soll eine bessere Qualifizierung unterstützt und die Fähigkeit gestärkt werden, sich im Sinne einer lebenslangen Beschäftigungsfähigkeit an sich wandelnde Bedingungen anzupassen.
- Für den Arbeitgeber: Ein dynamischerer Denkansatz soll gefördert werden, der auf eine bessere Produktivität ausgerichtet ist und die Attraktivität der Industrie zu erhöhen.
- Als Multiplikator würde dieses Vorgehen ein Beispiel dafür setzen können, sich auf Änderungen in einem Industriesektor vorzubereiten und damit umzugehen lernen, indem die Fähigkeit der Beschäftigten zur Übernahme neuer Aufgaben im Unternehmen und/oder, falls erforderlich, außerhalb des Unternehmens verbessert wird.

B. Beispiele für gute Verfahrenspraktiken

Auf der gemeinsamen Website www.eurosugar.org befindet sich bereits ein gutes Dutzend Beispiele für gute Verfahrenspraktiken im Zusammenhang mit der Beschäftigungsfähigkeit (CSR-Standards 2 und 7), sie beziehen sich unter anderem folgende Themen:

- Lehrlingsausbildung
- Übertragbare oder vielseitige Kompetenzen
- Entwicklung alternativer Projekte
- Strukturen für die Umschulung und die Neubeschäftigung oder die Beschäftigung an einem anderen Arbeitsplatz

Bei der Sitzung am 26. Februar 2009 werden die Mitglieder der Lenkungsgruppe, die für die Verwaltung des Projekts „Beschäftigungsfähigkeit“ eingerichtet wurde, ebenfalls verschiedene derzeit in der europäischen Zuckerindustrie bestehende Beispiele für gute Verfahrenspraktiken vorstellen, die sich auf die unterschiedlichen Aspekte der Beschäftigungsfähigkeit beziehen.

Außerdem hat ein Zuckerunternehmen ein neues Beispiel für die berufliche Bildung vorgestellt (siehe Anlage 2).

C. Gemeinsames Vorgehen der europäischen Sozialpartner in 2008

Die Sekretariate der europäischen Sozialpartner haben sich ständig gegenseitig über die Entwicklungen der Reform der Zuckermarktordnung und über die Entwicklungen der Außenhandelspolitiken auf dem Laufenden gehalten. Sie haben mehrere gemeinsame Schreiben an die Europäische Kommission und die europäischen Institutionen gerichtet, um zusammen die wichtigsten Interessen der europäischen Zuckerindustrie zu verteidigen. So haben sie im März 2008 ein gemeinsames Schreiben an den Rat und an das Europäische Parlament zur Unvereinbarkeit bestimmter politischer Ausrichtungen im Rahmen der WPA und der WTO mit der Reform der Zuckermarktordnung gesandt (siehe Anlage 3).

Kürzlich sind Sie gemeinsam erfolgreich im Rahmen der von der Kommission eingesetzten Hochrangigen Gruppe für die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie tätig geworden, um sich gegen ein System für den aktiven Veredelungsverkehr für Verarbeitungserzeugnisse auszusprechen, das für die europäische Zuckerindustrie sehr negativ gewesen wäre.

Außerdem wird in dem von der Hochrangigen Gruppe erstellten Bericht aufgeführt, dass der soziale Dialog einer der Pfeiler der europäischen Sozialpolitik ist und als ein Instrument der ‚verantwortungsvollen Regierungsführung‘ anerkannt wird. „Die wichtigsten Zielsetzungen des sozialen Dialogs sind: ein besseres Verständnis, um den Konsens, bessere Fähigkeiten für die Förderung der sektoralen Interessen und die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln zu erleichtern“. ... „Dieser Dialog wurde mit Erfolg in der Zuckerindustrie entwickelt“ ... (Anlage 4).

Die Sozialpartner haben außerdem vor kurzem eine gemeinsame Konferenz für die französische Vereinigung Europe & Société abgehalten, um einem Publikum, das sich aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften, der europäischen sektoralen Ausschüsse sowie von Ministerien und Universitäten zusammensetzte, zu erläutern, worin die Arbeit des sektoralen Ausschusses für den Zuckersektor besteht, wie er funktioniert, welche Ergebnisse erzielt wurden und wie die Projekte für die Zukunft aussehen (siehe Anlage 5: Zusammenfassung der Ausführungen).

D. Offizielle Anerkennung der Repräsentativität der Sozialpartner der europäischen Zuckerindustrie

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Europäische Kommission 2007 die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin (die so genannte Dubliner Stiftung) beauftragt hat, eine Studie über die Repräsentativität der Sozialpartner in der europäischen Zuckerindustrie durchzuführen. Ziel dieses Vorgehens war es sicherzustellen, dass die europäischen Sozialpartner der Zuckerindustrie offiziell berechtigt sind, von der Kommission in Rahmen von Artikel 138 des Vertrags konsultiert zu werden, und eine offizielle Anerkennung ihres Ausschusses für den sektoralen Dialog zu erhalten. Die

Schlussfolgerungen der Studie sind sehr positiv: sie bestätigen, dass die EFFAT und das CEFS als Vertreter des sozialen Dialogs in der europäischen Zuckerindustrie allgemein anerkannt sind (siehe Zusammenfassung vom 9.7.2008 in Anhang 6).

IV – ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Nach dringlichen Hinweisen der Europäischen Kommission, die der Ansicht war, dass der Quotenverzicht nicht schnell genug erfolgte, fand im Laufe des Zuckerwirtschaftsjahrs 2008/2009 eine Beschleunigung statt. Am 31. März 2008 erreichte der von den verschiedenen Zuckerunternehmen mitgeteilte Quotenverzicht 5 644 283 Tonnen. Demnach verbleibt eine Restmenge von 355 717 Tonnen bis zum Erzielen der vor dem Zuckerwirtschaftsjahr 2009/2010 vorgesehenen Gesamtverzichts Menge von 6 Millionen Tonnen. Die Unternehmen können noch bis zum 31. Januar 2009 einen Quotenverzicht bekannt geben, zu diesem Zeitpunkt läuft der Umstrukturierungsfonds aus. Die angestrebte Verringerung der Produktion um ein Drittel in knapp 4 Kampagnen ist demnach praktisch erreicht.

Die derzeitige Reform hat eine Verringerung der Produktion um ungefähr 35 % und der Fabrikationsspanne um ungefähr 20 % mit einer Schließung von ungefähr 47 % der Werke zur Folge. Alle Regionen der Union sind betroffen, vor allem die ländlichen Gebiete, in denen die Beschäftigungsmöglichkeiten beschränkt sind.

Sechs zuckerproduzierende Länder haben ihre Produktion vollständig aufgegeben. Es erscheint wahrscheinlich, dass die Konzentration der Industrie zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit weiter fortgesetzt wird, und dass am Ende der Reform nur einige zuckerproduzierende Unternehmen übrig bleiben werden. Die Zuckerrübenproduktion könnte aus bestimmten noch verbleibenden Regionen mit geringer Produktion ganz verschwinden. Neue Raffinationsaktivitäten könnten sich in den defizitären Regionen entwickeln. Eine Reihe von Gesellschaften könnte die Ausrichtung ihrer Geschäftstätigkeit deutlich verändern.

Auf jeden Fall ist es von entscheidender Bedeutung, dass alle Maßnahmen für die Erhaltung einer ausgewogenen GMO ergriffen werden, damit die EU in Bezug auf ihre Versorgung mit Ausgangserzeugnissen, wie dies in der Reform vorgesehen ist, in Höhe von mindestens 80 % autonom bleiben kann.

Allerdings haben zwar die Akteure der Zuckerindustrie ihre Verantwortung übernommen und ihre Verpflichtungen im Rahmen der Reform eingehalten, bei den wichtigen europäischen Entscheidungsträgern war dies jedoch nicht immer der Fall. So wird die 2005 beschlossene Reform aufgrund der neuen Forderungen in Zusammenhang mit der Außenpolitik der Europäischen Kommission in bedeutendem Maße verschärft, eine Tatsache, auf die die Sozialpartner unablässig hingewiesen haben. Die Kommission vergisst die Verpflichtungen, die die Mitgliedstaaten bei der Reform der Zuckermarktordnung eingegangen sind. Sie tendiert dazu, im Rahmen der laufenden bilateralen oder multilateralen Verhandlungen, den Drittländern ständig neue Einfuhrmöglichkeiten in die Union anzubieten, die mit einem guten

Funktionieren der Marktordnung nicht vereinbar sind und so die Auswirkungen der Reform in einem potenziell beträchtlichen Umfang verschärfen.

Ein Beispiel hierfür ist der Abschluss der Verhandlungen der Doha-Runde bei der WTO, bei der es eine Einordnung des Zuckers als sensibles Produkt ermöglichen würde, einer problematischen Verringerung des Zollschatzes zu entkommen. Würde aber gleichzeitig ein Zollkontingent akzeptiert, das die Einfuhren voraussichtlich wesentlich erhöht, würde dies bedeuten, deutlich über die im Rahmen der Reform vorgesehene Quotenverringernng um 6 Millionen Tonnen hinauszugehen.

Eine pragmatische und wirksame Schutzklausel ist außerdem im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen unerlässlich, die die derzeitigen so genannten Cotonou-Abkommen ablösen werden. Da das diesen Abkommen angehängte Zuckerprotokoll zum 1.10.2009 gekündigt wurde, werden die mit diesen Ländern vorgesehenen Einfuhrquoten verschwinden und freien Einfuhren ohne Erhebung von Zöllen Platz machen. Es handelt sich dabei um eine Ausweitung der „Alles außer Waffen“-Regelung auf sämtliche AKP-Länder. Gäbe es eine solche Klausel nicht, könnte sich die Zuckerreform für beide Parteien als nachteilig erweisen. Die EU, die zu Beginn der Reform Netto-Exporteur war, wird 2010 bereits durch die bis heute im Rahmen der WPA und den LDC gewährten Präferenzen zum größten Zuckerimporteuer weltweit.

Andere im Bericht zitierte Beispiele illustrieren die Tatsache, dass die wiederholte Vergabe von neuen Einfuhrquoten das Bestehen der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker de facto im Kern bedroht und zur Frage Anlass gibt, ob die politischen Entscheidungsträger tatsächlich den Willen haben, die Dauerhaftigkeit dieser Industrie sicherzustellen, wie dies bei der Reform unterstrichen wurde.

Die Sozialpartner der europäischen Zuckerindustrie haben im Laufe der Zeit immer wieder - und ganz besonders nachdrücklich bei der Einsetzung der „Alles außer Waffen“-Verordnung - auf die mangelnde Kohärenz hingewiesen, die zwischen der Landwirtschaftspolitik der Kommission und ihrer Außenpolitik besteht. Die Entscheidungen, die noch in Bezug auf die Schutzklauseln, die Ursprungsregeln und die Einfuhrzugeständnisse gefällt werden müssen, werden angesichts der Tatsache, dass jede zusätzliche Einfuhr Auswirkungen auf die EU-internen Produktionskapazitäten und somit auf die Beschäftigung hat, entscheidende Etappen für die Zukunft der Zuckerindustrie sein.

Die Sozialpartner unternehmen in diesem hochsensiblen Kontext und im Rahmen ihres europäischen Auftrags die größtmöglichen Anstrengungen, um in einem Klima des Vertrauens das gegenseitige Verständnis und eine konstruktive und hochwertige Kommunikation zu fördern. Sie bemühen sich darum, alle Fragen von gemeinsamem Interesse voranzubringen, eine Begleitung der in den einzelnen Ländern ergriffenen Maßnahmen sicherzustellen und einen Austausch von Informationen und Überlegungen zu fördern, die für den gesamten Berufsstand von Nutzen sind.

Sie führen gegenwärtig mit der finanziellen Unterstützung der GD Beschäftigung wichtige Arbeiten für die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit in der Zuckerindustrie durch, um soweit irgend möglich jeden einzelnen in seinen Anstrengungen zu unterstützen, seine Fähigkeit zu erhalten, während seines gesamten Lebens eine Funktion auszuüben. Hierdurch wird der Begriff des lebenslangen Lernens durch den der lebenslangen Beschäftigungsfähigkeit abgelöst, was ein hohes Niveau der sozialen Verantwortung beinhaltet.

Die Unternehmen respektieren diesbezüglich den 2003 unterzeichneten Verhaltenskodex für die soziale Verantwortung und bemühen sich in größtmöglichem Maße darum, die Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren, über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus zu unterstützen. Hier sei darauf hingewiesen, dass die Schließung von nahezu der Hälfte der Werke und der Verlust von 10 000 Arbeitsplätzen im Laufe von drei Jahren praktisch nicht zu sozialen Konflikten geführt haben.

Es ist allerdings wichtig, erneut daran zu erinnern, dass die wirtschaftlichen Bedingungen zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Verhaltenskodex völlig anders waren als heute. Niemand konnte sich zu diesem Zeitpunkt das Ausmaß der Reform oder ihre wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Auswirkungen vorstellen. Und niemand konnte darauf vorbereitet sein, dass die Außenpolitik der Kommission den Erfolg der Reform in Gefahr bringen würde.

Ausgehend von der Tatsache, dass die Reform der Zuckermarktordnung in großem Maße auf eine politische Entscheidung der Union und der Mitgliedstaaten in einem Kontext der Globalisierung zurückzuführen ist, erinnern die Sozialpartner der Zuckerindustrie die europäischen ebenso wie die nationalen politischen Entscheidungsträger noch einmal daran, dass es von wesentlicher Bedeutung ist, alles dafür zu tun, damit diese Reform dank einer klaren und abgestimmten Vision mit einer kohärenten Gestaltung der außenpolitischen und landwirtschaftspolitischen Entscheidungen zu einem Erfolg wird. Hiervon hängt das zukünftige Überleben der europäischen Zuckerindustrie und die Fähigkeit der Unternehmen ab, rentabel zu bleiben, ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt zu erhalten und gleichzeitig ihren Arbeitnehmern Beschäftigungsperspektiven zu bieten.

CSR Report - Anlagen

Table of Content

ANNEX 1: Non Annex I - letter to Mr Barroso (21.10.2008)	19
ANNEX 2: Good practice Example – Nordzucker	21
ANNEX 3: Open letter to the Council of Ministers and the European Parliament (3.3.2008)	22
ANNEX 4: High level Group on Competitiveness – Extract Recommendation N° 16 (16.02.2009)	24
ANNEX 5 : EUROPE ET SOCIETE - Joint EFFAT/CEFS Presentation (16.10.2008)	27
ANNEX 6: REPRESENTATIVITY IN THE SUGAR IDUSTRY - Conclusions of the Dublin Foundation (9.7.2008)	35

ANNEX 1: Non Annex I - letter to Mr Barroso (21.10.2008)

Comité Européen des Fabricants de Sucre

182, avenue de Tervuren - B-1150 Bruxelles

Tél.: +32 2 762 07 60 - Fax : +32 2 771 00 26 - E-mail : cefs@cefs.org - <http://www.cefs.org>

T.V.A.: BE 436.324.311 - Banque : BBL 310-1000803-43

The President

Brussels, 21 October 2008

Mr José Manuel BARROSO
President of the European
Commission
EUROPEAN COMMISSION
Rue de la Loi, 200
1049 Brussels

Dear President Barroso,

The European sugar sector is undergoing a very fundamental restructuring in achieving the ambitious political target fixed by the EU in the context of the sugar reform adopted in 2005 stipulating abandonment of 6 million tonnes of sugar production quota corresponding to one third of its total quota production. This on-going process of restructuring for 3 years now has been extremely difficult economically and psychologically for all the stakeholders. But this part of the socio/political contract has been managed without any negative message against the Commission in newspapers or in any media. Today I am really sorry to tell you, Mr President, that the beet growers, the employees and the sugar industry managers seem to be betrayed by your Commission.

The massive restructuring of the EU sugar industry has been implemented within the context of the political commitment and engagement of the EU in moving towards a smaller and sustainable European sugar industry. The sector responded to this situation with the shutting down of 79 factories within three years and the lay off of more than 10 000 employees. The industrial capacity on the remaining 104 factories has been calculated on the basis of the EU target of 6 million tonnes to be renounced and the keeping of a quota of 12 million tonnes beet sugar. This being said, we cannot avoid feeling betrayed when faced with what DG Enterprise is currently doing within the Non Annex 1 management Committee and within the High Level Group for Food and Drink Industry. Despite the fact that the producers of Non Annex 1 products (e.g biscuits, chocolate) are those having already benefited from the EU sugar reform by paying as much as 2 billion euros a year less for their sugar according to sugar prices published by the Commission services for 2004 and 2008, this DG is inviting Member States and High Level Group members to ignore the political agreement for sugar reached in 2005 in the context of the sugar balance for quota sugar during the implementation period and after the sugar reform has been implemented. Actually in recent working documents they suggest to the Member States to choose between 4 options, each of them consisting in putting the European quota sugar out of the market of exported Non Annex 1 products.

If any of these proposals were to be adopted, it would put at risk up to 1 million tonnes of quota sugar on top of the 6 million tonnes due to the reform. Such market loss was never foreseen in the

balance when the target of 6 million tonnes was announced. Any of these options would endanger the competitiveness of the EU sugar industry by making it suddenly oversized again in capacity without any legal possibility to adapt via the restructuring fund that closes on 31st January 2009.

Mr President, we therefore urgently ask you to stop this development. There is still a completely legitimated solution that exists in the current legislation. It consists in paying export refunds for sugar as such as well as for processed products containing sugar. The present high level of EU sugar stocks and the still existing WTO ceiling for export subsidies support this solution. In addition to that the producers of processed products containing sugar will in competition with import for other purposes have access to the increasing quantities of the preferential import of sugar as regulated by the Economic Partnership Agreements signed with African, Caribbean and Pacific countries and with the Least Developed Countries.

Mr President, your Commission is on the way to destroy what we consider as a mutual contract based on trust, when we are still implementing our painful part. The growers, the employees and the sugar industry managers would not understand such an action and neither you, nor us, want to feed a negative image of the European Commission.

cc: Mr Günter VERHEUGEN, EU Vice-President - DG Enterprise and Industry
Mrs Mariann FISCHER BOEL, Commissioner for Agriculture

ANNEX 2: Good practice Example – Nordzucker

Beispiele für gute Verfahrenspraktiken für den CSR Bericht von [Jahr]

Unternehmen:

1. Ort und Zeit	<i>Deutschland (Nordstemmen, Clauen, Klein Wanzleben, Uelzen) 2007, 2008</i>
2. Thema	<i>Zoran-Djindjic-Stipendienprogramm der deutschen Wirtschaft</i>
3. Kontext	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Ausbildung von akademischen Nachwuchskräften</i> • <i>Know-how-Transfer aus Deutschland an die serbischen Standorte</i> • <i>Intensivierung der deutsch-serbischen Wirtschaftsbeziehungen</i> • <i>Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Serbien</i> • <i>Imagestärkung für die deutsch-serbische Wirtschaftskooperation in der deutschen und serbischen Öffentlichkeit</i>
4. Projekt	<i>Vermittlung von Praktikumsplätzen für hoch qualifizierte serbische Stipendiaten in den Bereichen Technik, Rohstoffbeschaffung, Umwelt</i>
5. Ergebnis	<i>Gewinnung von qualifizierten Nachwuchskräften für das In- und Ausland</i>
6. Mittel	<p><i>Finanziell: Unterkunft, Verpflegung, Krankenversicherung, Logistik</i></p> <p><i>Personell: Betreuung durch qualifizierte Mitarbeiter am Standort sowie Organisation und Koordination durch den Bereich Personalentwicklung</i></p>
7. Kontakt	<p><i>Für weitere Informationen, bitte wenden Sie sich an Frau Dr. Heike Sanden</i></p> <p><i>Telefon: 0049 531 2411 312</i></p> <p><i>Fax: 0049 531 2411 310</i></p> <p><i>E-Mail: heike.sanden@nordzucker.de</i></p>

ANNEX 3: Open letter to the Council of Ministers and the European Parliament (3.3.2008)

**CONFEDERATION INTERNATIONALE COMITE EUROPEEN DES
DES BETTERAVIERS EUROPEENS FABRICANTS DE SUCRE**

**29 rue du Général Foy 182 Avenue de Tervuren
F- 75008 Paris B-1150 Brussels**

**EUROPEAN FEDERATION OF FOOD, AFRICAN, CARIBBEAN AND
AGRICULTURE AND TOURISM TRADE UNIONS PACIFIC GROUP ON STATES**

**38 rue Fossé-aux-Loups Avenue Georges Henri 451
B-1000 Brussels B-1200 Brussels**

LDC LONDON SUGAR GROUP

**Cottons Center
Hays Lane
UK-SE1 2QE LONDON**

OPEN LETTER TO THE COUNCIL AND THE PARLIAMENT

In 2005, the EU Council and the European Parliament adopted a major reform of the common market organization for sugar. They set a goal to reduce EU quotas production by 6 million tonnes, in order to drastically decrease E.U. exports and make room on its domestic market for increased sugar imports from the Least Developed Countries. This reduction, within four marketing years, represents almost a third of the common production of sugar subject to quotas. In this context, the EU Council and the European Parliament gave clear guidance to sugar industries from E.U. Member States and provided accompanying measures to Sugar Protocol ACP countries so that they could reorganize themselves in such a way as to be more competitive at the end of the first four marketing years of this new system; and to adapt to the progressive price reduction in the range of 36%.

In October 2007, the EU Council and the European Parliament reinforced the financial measures as an incentive to EU stakeholders to renounce production quotas while maintaining the objectives of volume and price reduction. The sugar arrangements under Economic Partnership Agreements agreed in December with the ACP countries confirmed the objectives in terms of volume (with reference to the 3.5 million tonnes ceiling) and price reduction for them too.

Due to these constraining perspectives, the sugar industries from ACP and E.U. countries have become engaged in restructuring programs with promises of financial assistance from the E.U. This thus entails programs of investment or disinvestment with heavy socioeconomic consequences for the countries concerned. The investments in the ACP countries are being carried out within the context of Multi-Annual Adaptation Strategies approved by the European Commission. To date, the European industry has made the irrevocable commitment to implement at least 80% of the objective of quota renunciation as of the third year of the reform, and 73 factories out of 183 will close at that point and the industry from the Least Developed Countries is negotiating with public and private sponsors.

The EU and the ACP sugar industries stakeholders have therefore embarked restructuring programmes consistent with the political orientations given to them by the EU Council and the European Parliament. Yet, this entire restructuring scheme is now being called into question by the Chairman of the Committee on Agriculture, Ambassador Falconer's draft "modalities" for Agriculture in the context of the WTO Doha Round negotiations.

Therefore, the EU and ACP sugar industries' stakeholders wish to alert the European Commission, the European Parliament and the EU Council on the inconsistency that transpires between the reform criteria of the CMO for sugar reform and the proposed terms of a multilateral WTO agreement in Geneva. Given the political involvement of the EU and ACP sugar industries' stakeholders at the time of the reform, and given the severe economic and social cost associated with the current implementation of this reform, EU and ACP sugar industries' stakeholders solemnly ask the European Parliament and the EU Council to oppose the adoption in Geneva of an agreement that would not be consistent with the terms of the CMO for sugar reform, and to give clear instructions to the European WTO negotiator to ensure strict adherence to the undertaking under the reform commitments. Doing otherwise would call into question the credibility of the entire European Commission and then it will be up to the political officials to explain to the electorate, on the eve of the next European elections, that considerable sums of EU and private money were invested at a loss in the restructuring of the EU and ACP countries' sugar industries, and that the lost jobs in the European sugar sector, which already amount to more than one employee out of two, are insufficient.

Jos Van Campen, President of the CIBE

Johann Marihart, President of the CEFS

Harald Wiedenhofer, Secretary General of EFFAT

His Excellency Dr. Patrick Ignatius Gomes, Ambassador, Chairman of the ACP Sugar Group

Graham Clark, Chairman – LDC London Sugar Group

**ANNEX 4: High level Group on Competitiveness - Extract
Recommendation N° 16. (16.2.2009)**

High Level Group on the Competitiveness of the Agro-Food Industry

Report by the Sherpa sub-group

16 February 2009

European Commission

Enterprise and Industry Directorate General

Food Industry Unit

**High Level Group on the Competitiveness of the Agro-Food
Industry: Report by the Sherpa sub-group**

This Report reflects the deliberations, opinions and agreements within the **High Level Group (HLG) on the competitiveness of the European Agro-Food Industry**, which was set up by Vice-President Verheugen in June 2008. With the objective of, setting out a “forward looking and holistic” approach, the Group has examined, a number of major policy areas that have an impact on the operation of the food sector. Specifically, the High Level Group was mandated to make recommendations for the short, medium and the long term public policy and regulatory framework for the European food industry.

In this context, the Sherpa representatives suggest the High Level Group to adopt the recommendations contained in this Report.

Table of content

- 1. Introduction**
- 2. Key Facts of the Food Supply Chain**
- 3. Major Concerns, Trends and Vision for the future**
- 4. Recommendations for Actions**
 - 4.1. Agricultural and Environmental Policy**
 - 4.1.1 Common Agricultural Policy**
 - 4.1.2 Access to Raw material**
 - 4.1.3 Environmental Policy**
 - 4.2. Internal Market for Food**
 - 4.3 Operation of the Food Chain**
 - 4.3.1 Small and medium-sized enterprises (SMEs)**
 - 4.3.2 Relationships along the food supply chain**
 - 4.3.3 Workforce and Skills**
 - 4.3.4 Business services to the food supply chain**
 - 4.3.5 Consumer Issues**
 - 4.4 Research and Innovation**
 - 4.5. Exports and Trade**

Recommendation n°16

The European Commission should study the effect of private labels on the competitiveness of the Agro-Food SMEs and examine ways to reduce where appropriate the imbalances of power in the food supply chain should they be found to exist.

4.3.3 Workforce and Skills

Today Europe is experiencing changes at a scale comparable with that of the Industrial Revolution. These rapid economic and social changes and the transition to a knowledge-based society imply that all Europeans need to continually update their skills and professional competences. A highly qualified workforce is greatly complementary to technological capital and fundamental for the overall competitiveness of enterprises. The Lisbon Strategy, therefore, aims at Europe “to become the most competitive and dynamic knowledge-based economy in the world, capable of sustainable economic growth with more and better jobs and greater social cohesion”.

The European agro-food industry, nonetheless, still encounters difficulties regarding **workforce availability**. Stakeholders indicate that there is a shortage of qualified and competent employees in the sector, since it does not appear to be perceived as an attractive career choice. As far as young workers are concerned, given the demographic challenge increasingly present, their attraction into industrial production has turned out to be a challenge for many industries and this is the case also for the food sector. At undergraduate level, students are tending to choose directions other than food and drink related degrees. In the light of this situation there is an agreement among the HLG members that the image of the European food industry has to be improved in order to trigger the interest of individuals to develop food-specific scientific qualifications.

At the same time, future **industry specific skills** needed are not sufficiently identified so as to be able to follow market evolutions and secure the competitive position of companies. The content in appropriate university and research degrees must correspond to the needs of the industry. However, it has been noted that public authorities and industry are not adequately involved in the identification of essential skills for the sector as well as in the adjustment of the qualifications to the requirements of companies. Human resources management it is crucial for the agro-food processing industry so as to guarantee that the workforce employed in the production of certain food and drink products possess the necessary competences and skills required by manufacturing. As far as innovation is concerned, high-level research is essential to keep the industry ahead of its competitors. In addition, possessing an **entrepreneurial spirit** is required in order to be able to create additional value for purchasers through designing new products and procedures and exploiting new market opportunities. This highlights the societal need to always provide young people with the essential skills, such as ICT, management, languages, etc. to enable them be creative. Education at school and university level is fundamental to create a risk-taking culture that encourages innovation.

Finally, **social dialogue**¹³ is one of the pillars of the European social policy and is recognised as a tool of "good governance". The main objectives for European social dialogue are: a better understanding to facilitate consensus, a better capacity to promote the sectoral interests and a capacity to act

¹³ Article 138 EC Treaty.

together. Even though such a dialogue has already been successfully achieved in the sugar sector, it has not yet been achieved for the entire food industry.¹⁴

Recommendation n°17

As a means of attracting highly qualified personnel and strengthening innovation in the sector, the European Commission and Member States, in cooperation with the stakeholders should develop educational programmes that raise awareness of the importance of the food industry and its operation and encourage entrepreneurship. Moreover they should promote practical experience through placements for students and young graduates as well as apprenticeship schemes and develop food specific qualifications. At the same time, to enhance the employability of people, they should reinforce access of personnel to life-long training programmes. Sector-specific prizes¹⁵ should be set up as an incentive to reward innovative developments and create best practices for other players.

¹⁴ The European Commission decision of 20 May 1998 – 98/500/EC lays down precise provisions concerning the establishment, representativeness and operation of new sectoral committees, intended as central bodies for consultation, initiatives and negotiation.

¹⁵ An example would be Trophelia, which is a European-wide competition that encourages the creation, implementation and development of new grocery products by teams of students from commercial or scientific establishments of higher education. Moreover, **Erasmus for young entrepreneurs** is a new mobility scheme launched by the European Commission for recently established and budding entrepreneurs in order to support their cross-border mobility.

**SECTORAL SOCIAL DIALOGUE
RESULTS AND OUTLOOK**

Europe & Société
16-17 October 2008

***EUROPEAN SUGAR
INDUSTRY***

Dominique Lund – Eric Dresin



**SECTORAL SOCIAL DIALOGUE
IN THE SUGAR INDUSTRY**

I – Aim and functioning

II – Joint achievements and action

III – Current projects and prospects

EUROPEAN SUGAR INDUSTRY SOCIAL PARTNERS

COMITE EUROPEEN DES FABRICANTS DE SUCRE CEFS

*Industrial sugar producers and
refiners in the EU
i.e. 21 European countries
+ Switzerland
17 millions of sugar tonnes
per year
36 000 direct jobs
About 180 000 jobs in total
(growers, subcontractors, transport)
Statistics 2006/2007*

EUROPEAN FEDERATION OF FOOD, AGRICULTURE AND TOURISM EFFAT

*Represents the interests of
agriculture,
agri-foddstuffs, catering and
tourism industries

128 national trade unions
Set up in 37 European countries
2 600 000 members*

3

SOCIAL DIALOGUE IN THE SUGAR INDUSTRY AIM AND FUNCTIONING

*The social dialogue in the sugar industry was
established nearly 40 years ago (1969)
It is based on exchange of views and concerted
action on all subjects of common interest.*

*Negotiation remains a matter
of national competence.*

1999

**Creation of the Sectoral Social Dialogue
Committee in the sugar industry
formalising official recognition
by the European Commission**

4

Functioning

Chairmanship of the sectoral committee

*Alternately CEFS or EFFAT
for one year.*

In practice « joint chairmanship ».

Meetings

*At least a plenary meeting each year
(each year on 27 or 28 February)*

*with a presentation of the annual implementation report
of the CSR Code of Conduct in the sugar industry
and an overview of the current economic and social challenges
facing the sugar industry.*

*Specific ad hoc groups are set up to pilot
common projects if needed.*

5

JOINT ACHIEVEMENTS AND ACTIONS

Common position

Joint letters

Consultation by the Commission

Organization of Conferences/seminars

Creation of interactive tools

***Implementation of a Code of Conduct on
Corporate Social Responsibility***

6

Common positions

Joint letters

Common position at social level

Apprenticeship (1998-2000), Corporate Social Responsibility (2001), Enlargement (2002)

at economic level

Everything But Arms (2000-2001),

Generalised System of Preferences (2001), Preferential Rules of Origin (2004)

at political level...

Common Organisation of the Market

World Trade Organisation (WTO), globalization

Joint letters

To the Council and the European Parliament on the sugar reform and WTO negotiations in March 2008

7

Consultation - Conferences

Everything But Arms (February 2002)

The consultation of the sectoral committee by DG Trade resulted in specific implementing modalities for sugar in the framework of the EBA Regulation until October 2009.

Bratislava Conference (November 2002)

Anticipation of the impact of enlargement for the sector with candidate countries, public authorities and trade unions and commitment to establish a constructive and responsible dialogue in the EU 25.

CIBE-CEFS-EFFAT Conference (June 2005)

with growers, employers and trade unions to reflect on the reform of the sugar regime and management of change.

8

Joint achievements

Safety in sugar factory – Leonardo Kit (2000)

Launch of an interactive tool for safety training in eleven languages distributed to all European sugar factories

Access to structural funds

Practical Guide (February 2006)

Interactive tool with direction for use of the structural funds dedicated to the sugar industry

Code of Conduct on Corporate Social Responsibility (CSR)

February 2003 : joint signature of CSR Code of Conduct in effect since 1st January 2004.

8 minimal standards - 50 examples of good practice regularly updated.

Presentation of an implementation report in February of each year.
(See the joint website www.eurosugar.org).

9

Dynamic use of the CSR Code of Conduct

The Code of Conduct is an essential tool to promote CSR in the sugar industry in a dynamic and lively way.
It is covering all human resources issues and goes even beyond :

Minimal standards

*1. Human rights – 2. Lifelong training – 3. Health and safety –
4. Relationship between social partners – 5. Fair pay – 6. Working conditions –
7. Restructuring – 8. Business relations and choice of suppliers.*

=> The yearly report allows to highlight essential messages intended to the Institutions and political decision makers in particular regarding the sugar reform and the globalization of economy, as well as on social consequences.

(See the fifth implementation report on « www.eurosugar.org)

=> An in-depth reflection is now taking place on the «Restructuring » standard regarding « employability ».

10

eurosugar.org • Social Dialogue in the Sugar Sector • de fr

Who are we ?

The CEFS represents the interests of all industrial sugar producers in the European Union of 25 (excluding the non sugar producing countries Cyprus, Estonia, Luxembourg and Malta) vis-à-vis the European institutions and other international bodies.

EFFAT comprises 128 national trade unions set up in 37 European countries representing some 2.600.000 members. This federation represents the interests of agriculture and the agri-foodstuffs, catering and tourism industries.

The European social dialogue in the sugar industry has been based on exchange of views and concerted action on all subjects of common interest. Since 1998 the European social partners have signed about 12 joint positions on social and economic matters. In February 2003 they took a further step forward by launching a Code of Conduct on Corporate Social Responsibility, which came into force on 1st January 2004.

In May 2004, a brochure on the "Corporate Social Responsibility and social dialogue in the European Sugar Industry, prefaced by Odile QUINTIN, Director-General of Directorate for Employment and Social Affairs at the European Commission, was published.
> [Brochure on the social dialogue CEFS / EFFAT \(pdf\)](#)

CEFS: <http://www.cefs.org>
(CEFS Members)

EFFAT: <http://www.effat.org>
(EFFAT Members)

Webdesign & Hosting: eMedia

11

CURRENT PROJECTS AND PROSPECTS

Reform of the sugar regime (2006 – 2010)

Production reduced by 35 %

About half of factories closed

More than 25 000 direct job losses

All EU countries concerned.

Management by the European social partners

Follow up of factory closures

Constructive communication on social plans

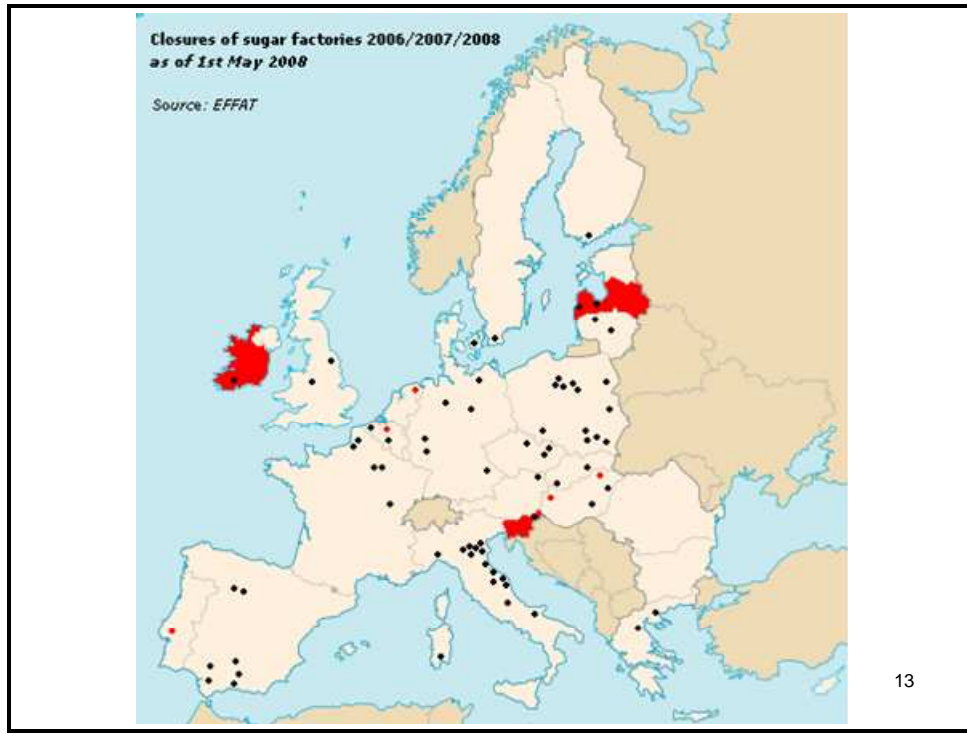
supporting employees in their search for a new job

(redeployment of staff, outplacement, retraining, financial compensation..)

Creation of a tool on access to structural funds

Current reflection on improvement of employability in the sugar industry.

12



JOINT PROJECT ON EMPLOYABILITY IN THE SUGAR INDUSTRY

CSR Code of Conduct

« Restructuring » Standard

«Steps are taken to improve the employability of employees».

Plenary meeting in February 2008

*The social partners stated that in the context of restructuring and globalization of economy
it is no longer possible to guarantee long-term employment to employees
within the same company.*

*It is therefore necessary to motivate them to improve their skills and qualification
with a view to manage change in an optimal way.*

Request for funding of a joint project
to improve employees' employability in the sugar industry :
*Joint definition – Examples of good practice in the sugar industry –
Future needs in terms of skills and qualifications –
Legislative and financial aspects*

14

CONCLUSIONS

The CSR Code of Conduct in force since 2004
has proved to be an efficient tool to manage
corporate social responsibility in a period of great instability.

The closure of about half of the sugar factories due to the sugar reform
has practically taken place without dramatic industrial actions.

*In force in all EU countries the Code of Conduct allowed a progressive
implementation of minimal standards in the different new countries.
With the help of examples of good practice
it facilitated the exchange of excellence.*

It also proves helpful to manage change and anticipate the future by reflecting on
how to improve employees' employability
within the company and outside the company.

This includes a reflection on future needs
in terms of skills and qualifications and on the attractiveness and competitiveness
in the European sugar industry.

The social partners are expecting the support of the Commission
to be able to positively conduct this project.

15

EUROPEAN SOCIAL DIALOGUE IN THE SUGAR INDUSTRY

Thank you for attention !

*See joint works, brochure,
Code of Conduct,
Updated examples of good practice
on the joint website*

www.eurosugar.org

16

ANNEX 6: REPRESENTATIVITY IN THE SUGAR INDUSTRY - Conclusions of the Dublin Foundation (9.7.2008)
--

Representativeness of the European social partner organisations:

Manufacture of sugar

Commentary

In the past 10 years, the sugar manufacture sector has experienced major changes and restructuring. The first wave of restructuring resulted from the opening of the European sugar beet industry to global competition through the WTO trade liberalisation rounds and from other initiatives which sought to guarantee advantageous market access to producers from developing countries. The second phase of restructuring relates to the reform of the common market structure in the sugar sector – referred to as the so-called ‘sugar regime’ reform, which dates back to a Council of Ministers agreement in November 2005 that was subsequently adopted by the Council of Ministers in February 2006. The previous regulatory system for the sugar industry, which was in force until June 2006, had provided for measures such as quotas for domestic consumption and export, subsidised prices for sugar beet and multi-lateral trade agreements that regulate sugar imports from non-EU sugar producers. The new regime aims to make the European sugar sector more competitive on a global scale through measures such as significant price reductions for sugar beet, preferential access to the EU market for sugar producers from African, Caribbean and Pacific (ACP) countries and less developed countries, along with considerable quota reductions. However, market liberalisation and deregulation have resulted in major losses in sectoral employment and the closure of sugar manufacturing companies throughout Europe. In Latvia and Slovenia, for instance, the manufacture of sugar ceased in early 2007.

Despite the profound economic changes in the sugar manufacture sector, industrial relations structures appear to be well established. The persistence of collective bargaining institutions is reflected in the importance of multi-employer bargaining and the comparably high collective bargaining coverage rates, which exceed 70% in the vast majority of countries for which data are available. A comparison of cross-sectoral collective bargaining coverage in the 25 Member States of the EU prior to the entry of Bulgaria and Romania in 2007 (EU25) indicates that the sector’s bargaining coverage is higher in 20 of the EU25 countries for which comparable data are available (see Marginson, P. and Traxler, F., ‘After enlargement: Preconditions and prospects for bargaining coordination’, *Transfer*, 11, Brussels, ETUI-REHS, 2005, pp. 423–438). The exceptional organisational strength of sectoral interest organisations dealing with labour market issues is underlined by the strikingly high employer density rates, which exceed 80% in all of the countries for which data are available. By contrast, the sector’s unionisation rates are more in line with overall trade union density levels in most of the countries, with the exception of two of the Dutch sector-related trade unions, which report significantly lower densities for the sugar manufacture sector.

Overall, almost two-thirds of the 22 countries in question predominantly operate under a multi-employer bargaining system, whereas countries with prevalent single-employer bargaining are clearly a minority in the sugar manufacture sector. This relatively homogenous structure of the sector makes it easier to form a coherent structure for representing the sector's employers at European level. The well-established European social dialogue in the sugar manufacture sector, which dates back to 1969 when an informal social dialogue forum was established, emphasises the organisational strength of the sector's social partner organisations throughout Europe. According to the findings of this study, both EFFAT and CEFS remain unchallenged in their position as representative European social partner organisations in the sugar manufacture sector.